



Alice Weidel: Besuch in italienischen Brennpunkten offenbart ganzes Ausmaß der Massenzuwanderung

Ungebremste Einwanderung

Berlin, 24. August 2017. Im Rahmen eines Besuchs der Küstenstädte Genua und Ventimiglia im Norden Italiens informierte sich Alice Weidel über die Einwanderungssituation und die Innere Sicherheit der Region. Die italienischen Behörden gehen davon aus, dass 15 islamistische Gefährder im Raum Genua aktiv sind. In der Stadt Ventimiglia, die in der Nähe der französischen Grenzen liegt, besuchte die Spitzenkandidatin ein offizielles Flüchtlingslager und einige wilde Lager in denen Afrikaner und Araber - nahezu ausschließlich Männer - kampieren. Die Situation in der Stadt hat sich in den letzten Wochen enorm zugespitzt, weil die französischen Behörden Migranten an der italienisch-französischen Grenze zurückschicken und die Massenzuwanderung aus dem Süden weiter anhält.

Alice Weidel: "Wer sich ein realistisches Bild von den Folgen, der maßgeblich von Deutschland angezogenen Massenzuwanderung aus dem Nahen Osten und Afrika machen will, der sollte sich nicht medienwirksam mit Offiziellen treffen, sondern muss Brennpunkte wie Ventimiglia besuchen. Die Lage vor Ort entlarvt die Legende vom Abflauen der Migrationskrise als Wahlkampf-Propaganda der Merkel-Kampagne. Traurig aber zugleich bezeichnend ist, dass die deutschen Leitmedien dieses Bild tatkräftig verbreiten und so Wahlkampf für Merkel machen.

Tatsache ist: Der islamische Terrorismus hat ein Netz über ganz Westeuropa gelegt. In ihm schalten und walten Schlüsselfiguren des IS wie sie wollen. So fungierte ein führender Kopf des IS als Sprengstoff-Nanny für die Terrorzellen von Paris und Barcelona. Der Terror muss endlich als Folge einer ungebremsten Zuwanderung aus islamischen Ländern und damit als gesamt-westeuropäisches Problem begriffen werden, das sich nur mit Passkontrollen, effektiver Grenzsicherung und der Ausweisung von Gefährdern lösen lässt. Der Migrationsdruck aus Afrika und dem Nahen Osten wird weiterhin enorm ansteigen, dort sitzen Millionen Menschen auf gepackten Koffern. Die Probleme Afrikas und des Nahen Ostens können aber weder in Italien noch in Deutschland gelöst werden. Notwendig ist nach wie vor eine nachhaltige Kursänderung in der Asyl- und Einwanderungspolitik. Merkel steht für Realitätsverweigerung und weiter so. Die AfD fordert die endgültige Schließung der Mittelmeerroute und die Errichtung von Asyl- und Schutzzentren in Nordafrika und dem Nahen Osten."

www.afdtelevision.de

Alice Weidel in Genua: Extremismuskanzlerin wirkt auch in Italien! AfD TV
www.youtube.com/watch?v=al5fn9VvNqM

Pressekontakt

Alternative für Deutschland (AfD)

Herr Christian Lüth
Schillstraße 9
10785 Berlin

<https://afd.de/presse/>
christian.lueuth@alternativefuer.de

Firmenkontakt

Alternative für Deutschland

Frau Dr. Frauke Petry und Prof. Dr. Jörg Meuthen
Schillstr. 9
10785 Berlin

<https://afd.de>
bgs@alternativefuer.de

Die am 6. Februar 2013 gegründete politische Partei Alternative für Deutschland ist in 2017 im Europaparlament und in 13 von 16 Landesparlamenten vertreten. Die Jugendorganisation heißt Junge Alternative, die Zeitung AfD Kompakt und die parteinahe Stiftung Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Als freie Bürger treten die AfD-Mitglieder für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie soziale Marktwirtschaft, Föderalismus, Familienförderung und die gelebten Traditionen deutscher Kultur ein. In der Nachfolge der beiden Revolutionen von 1848 und 1989 artikulieren sie mit ihrem bürgerlichen Protest den Willen, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa zu schaffen, dessen souveräne demokratische Staaten einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind.

Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen.

Die verdeckte Parteienfinanzierung, zum Beispiel durch Stiftungen, ist gänzlich aus dem Ruder gelaufen und macht mittlerweile jährlich etwa 600 Millionen Euro aus. Das entspricht dem Vierfachen der eigentlichen verfassungsgerichtlich aus gutem Grund beschränkten Parteienfinanzierung. Die AfD will daher, dass die gesamte staatliche Parteienfinanzierung auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt und begrenzt wird.

Die AfD strebt eine Neugestaltung des Wahlsystems an, die dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgeben und das "freie Mandat" der Abgeordneten stärken soll. Die Parteimitglieder treten für die "freie Listenwahl" bei Landtags- und Bundestagswahlen ein, die unter anderem die Stimmverteilung auf mehrere Kandidaten oder das Streichen einzelner Kandidaten ermöglicht.

Um die Wahl des Bundespräsidenten transparenter und unabhängiger von Parteien durchführen zu können, wollen sie den Bundespräsidenten direkt durch das Volk wählen lassen.

Während Steuerhinterziehung auch bei vergleichsweise kleinen Beträgen in Deutschland verfolgt und bestraft wird, bleibt die ebenso das Gemeinwohl

schädigende Steuerverschwendung straffrei. Die AfD will daher einen neuen Straftatbestand der Haushaltsuntreue einführen.

Anlage: Bild

